



In|ves|ti|ti|on

die; -, -en, <lat.>

[Grundlage für nachhaltiges Wachstum]

Standortqualität: Voraussetzung für Wachstum schaffen

Verkehrsinfrastruktur: Leistungskraft erneuern

Innovationskraft: Erfindergeist fördern

Energiekosten: Standort büßt Attraktivität ein

Gebäudesanierung: In den Klimaschutz investieren

EEG-Reform: Selbstgesteckte Ziele in weiter Ferne

Schlaglichter: Starke Stellung nicht aufs Spiel setzen

Chemieindustrie: Milliardeninvestor und Jobmotor

Seite 2

Seite 3

Seite 4

Seite 5

Seite 6

Seite 7

Seite 8

Seite 9

Standortqualität erhalten und verbessern

Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum schaffen

Die gute Lage am Arbeitsmarkt und die robuste Konjunktur trügen: Seit Jahren investiert der Staat zu wenig in die Infrastruktur für Verkehr, Energie- und Datennetze sowie in Bildung und Forschung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) beträgt die staatliche Investitionsquote derzeit nur noch 1,6 Prozent, während vergleichbare Volkswirtschaften wie Frankreich, Japan, die USA und die Niederlande hierfür im Schnitt rund 3 Prozent aufwenden. Diese Zurückhaltung gefährdet auf Dauer Wachstum und Wohlstand.

Auch das Engagement der Privatwirtschaft ist rückläufig. Zwar stemmen Unternehmen jedes Jahr Milliardenbeträge für Sachinvestitionen – so belie-

fen sich diese in der deutschen Chemieindustrie 2012 auf 14 Milliarden Euro. Allerdings flossen davon über die Hälfte an Standorte im Ausland. Und in einigen Branchen wird zeitweise mehr abgeschrieben als investiert. Eine bedenkliche Entwicklung, der mit besseren politischen Rahmenbedingungen – insbesondere in den Bereichen Forschung, Bildung und Infrastruktur – entgegenzuwirken ist.

Um nachhaltiges Wachstum zu schaffen, sollte aus Sicht des VCI folgenden Prämissen stärker denn je gefolgt werden:

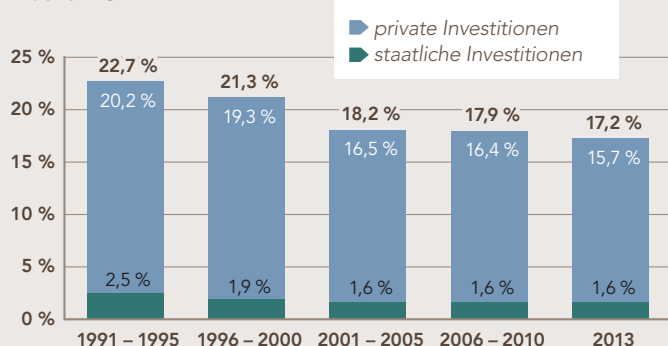
- Die Staatsausgaben müssen vermehrt zugunsten zukunftsweisender Investitionen umgeschichtet werden, vor allem in Forschung, Bildung und Infrastruktur. Steigende Aufwendungen in der Sozial-

und Rentenpolitik weisen dagegen in die falsche Richtung.

- Die Kommunen haben ihre Investitionsquote seit Anfang der 1990er Jahre nahezu halbiert, die Aufwendungen von Bund und Ländern verharren auf niedrigem Niveau – Städte und Gemeinden sind gefordert, insbesondere ihre Investitionen im Bau-, Wohnungs- und Verkehrswesen zu forcieren.
- Die Privatwirtschaft braucht bessere Standortbedingungen, um vermehrt in Deutschland zu investieren. Der Schlüssel dazu liegt in einer Politik, welche die Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärkt. Zusatzbelastungen, etwa im Rahmen der Energiewende, sind Gift für die Investitionsbereitschaft.

SINKENDE INVESTITIONSQUOTEN IN DEUTSCHLAND

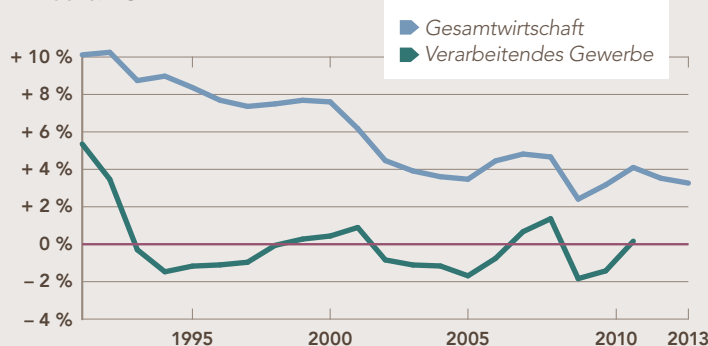
Bruttoanlageinvestitionen (rundungsbedingte Abweichungen)
Quelle: VCI



Die gemeinsame Investitionsquote von Staat und Wirtschaft ist rückläufig. Gegenwärtig beträgt sie gut 17 Prozent, Anfang der 1990er Jahre lag sie noch bei rund 23 Prozent.

NETTO-INVESTITIONEN PENDELN UM NULL PROZENT

Investitionen minus Abschreibungen in Prozent am BIP
Quelle: VCI



Der Kapitalstock in Deutschland droht zu veralten. In manchen Jahren überstiegen die Abschreibungen in der Industrie die Brutto-Investitionen, das heißt, die Netto-Investitionen fielen negativ aus.

Der Politikbrief auf
www.vci.de/politikbrief



Effiziente Warenströme ermöglichen

Verkehrsinfrastruktur: Leistungskraft erneuern

Aus Sicht der Industrie zählt eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur zu den wesentlichen Standortfaktoren. Denn die Unternehmen müssen Rohstoffe und Produkte zuverlässig und sicher transportieren, um so effiziente Arbeitsprozesse zu gewährleisten und den Erwartungen ihrer Kunden gerecht zu werden. Dies gilt insbesondere für die deutsche Chemieindustrie: Sie ist hierzulande zweitgrößter Auftraggeber von Transportdienstleistungen – entsprechend stark leidet die Branche unter dem gravierenden Investitionsstau in diesem Bereich.

Im Oktober 2013 bekannte die Verkehrsministerkonferenz: Die deutsche Verkehrsinfrastruktur ist jährlich mit 7,2 Milliarden Euro unterfinanziert. Die offensichtlich mangelnde Wertschätzung des Staates gegenüber dem Verkehrssektor zeigt sich auch an einer zweiten Kennzahl: Gemessen am BIP ist die Investitionsquote seit 1970 um rund Dreiviertel gesunken.

Mittlerweile hat die Politik den Handlungsbedarf erkannt. Gleichwohl sind die bis dato beschlossenen Maßnahmen – beispielsweise der Bundesregierung – unzureichend, um den weiteren Verfall abzuwenden.

Aus Sicht der deutschen Chemieindustrie müssen folgende Aufgaben konsequent umgesetzt werden:

Leistungsfähigkeit erhalten und ausbauen

- Die Verkehrsinfrastruktur muss entsprechend dem jeweiligen Schadensausmaß schnellstmöglich saniert und zudem bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die von der Bundesregierung zusätzlich in Aussicht gestellten 5 Milliarden Euro für die laufende Legislaturperiode sind hierfür unzureichend. Weitere 4 Milliarden Euro pro Jahr sind notwendig, um die Probleme in absehbarer Zeit zu lösen. Zudem sollten die Investitionsmittel über mehrere Jahre hinweg festgeschrieben werden, um Planungssicherheit zu schaffen.

Verkehrsträger besser miteinander verknüpfen

- Für die Chemieindustrie sind alle wesentlichen Verkehrsträger gleich wichtig. Damit die Unternehmen umweltschonende Bahnen und Binnenschiffe künftig noch stärker nutzen können, sind weitere sogenannte multimodale Knotenpunkte notwendig. Außerdem müssen Engpässe, etwa bei der Anbindung der Seehäfen an das Hinterland, dringend behoben werden.

Digitale Infrastruktur ausbauen

- Informationstechnologien bieten erhebliche Möglichkeiten für eine bessere Straßenauslastung. So können zum Beispiel Verkehrsströme mit dynamischen Wegweisern auf weniger stark befahrene Straßen gelenkt und Staus vermieden werden.

Aussagekräftigen Verkehrsinfrastrukturbericht erarbeiten

- Die Bundesregierung will alle zwei Jahre einen Infrastrukturbericht vorlegen. Dieser muss praxisorientiert sein, konsequent Schwachstellen aufzeigen und so eine faktenbasierte Entscheidungsgrundlage für künftige Projekte schaffen.

Deutschland braucht eine leistungsstarke und umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur. Die mit Sanierung und Ausbau verbundenen politischen und finanziellen Herausforderungen sind erheblich. Grundlegende Reformen und neue Ideen sind gefragt. Deshalb hat der VCI eine Verkehrsinfrastrukturinitiative gestartet, um die politischen Entscheidungsträger für die Misere zu sensibilisieren und Allianzen zu ihrer Lösung zu schmieden. Mehr dazu unter:

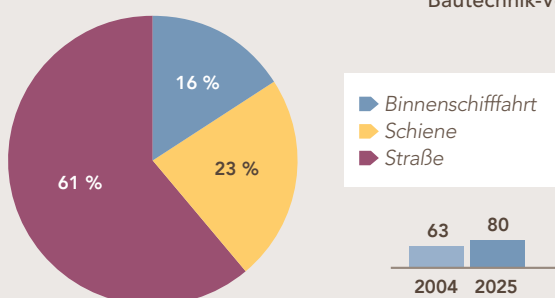
<http://bit.ly/vci-infrastruktur>

Abbildung 1: Eisenbahnen und Binnenschiffe befördern rund 40 Prozent der chemischen Erzeugnisse. Im Vergleich zu anderen Industriezweigen ist dies ein überdurchschnittlicher Wert. Ein Grund dafür ist, dass in der Branche besonders viele Massengüter – in Form von Rohstoffen und Zwischenprodukten – transportiert werden.

Abbildung 2: Zwischen 2004 und 2025 wächst die Verkehrsleistung im Güterverkehr um mehr als 70 Prozent. Die Infrastruktur ist darauf jedoch nicht vorbereitet.

ABB. 1: TRANSPORTE CHEMISCHER ERZEUGNISSE 2012

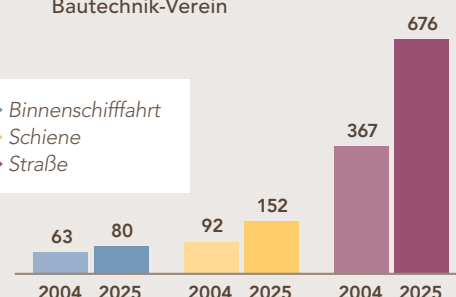
gesamt: 45,5 Milliarden Tonnenkilometer*
Quelle: Statistisches Bundesamt



* inklusive Transporte von Chemiekunden, -händlern und zwischen Handelspartnern

ABB. 2: PROGNOSE: VERKEHRSLEISTUNG IM GÜTERVERKEHR

in Milliarden Tonnenkilometer
Quelle: Deutscher Beton- und Bautechnik-Verein



In Köpfe investieren

Innovationskraft: Erfindergeist fördern

Die deutsche Industrie kann nur mit frischen Ideen und innovativen Produkten im weltweiten Wettbewerb erfolgreich bestehen. Dafür braucht sie Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und Facharbeiter, die sich an Schulen und Hochschulen insbesondere mit Naturwissenschaften intensiv auseinandergesetzt haben. Zudem fördern diese Fächer die Urteilsfähigkeit über Chancen und Risiken von Innovationen.

Deutschland gerät bei öffentlichen Bildungsinvestitionen im internationalen Vergleich ins Hintertreffen: So gibt der deutsche Staat pro Bürger rund 1.400 Euro für Bildung aus. Großbritannien ist dies 1.600 Euro, Frankreich sogar 1.800 Euro wert. Klar ist aber auch, dass mehr Geld allein nicht ausreicht.

Der VCI schlägt deshalb auch Reformen im deutschen Bildungssystem vor:

Mehr Naturwissenschaften in den Schulen lehren

- Naturwissenschaften sollten an deutschen Schulen mehr Raum einnehmen und flächendeckend bereits in den Grundschulen eingeführt werden. An den weiterführenden Schulen sollte ein Drittel des Pensums auf mathematisch-naturwissenschaftliche Inhalte entfallen

und die Abiturprüfung zwei naturwissenschaftliche Fächer einschließen.

Hochschulfinanzierung stärken

- Die Hochschulen sind der Pfeiler des gesamten Wissenschafts- und Forschungssystems. Bundesweit müssen sie höchsten Qualitätsstandards gerecht werden. Umso absurder, dass ihre Finanzierung seit 2006 allein auf die Länder – denen mitunter die Mittel fehlen – übergegangen ist und sich der Bund nur in eng begrenzten Ausnahmefällen beteiligen darf. Dieses Kooperationsverbot ist aufzuheben und der Bund stärker an der Grundfinanzierung der Hochschulen zu beteiligen.

Ökonomisches Verständnis fördern

- Zum Bildungsauftrag gehört auch, wirtschaftliche Zusammenhänge zu lehren. Hier herrscht erheblicher Nachholbedarf: So können zum Beispiel 52 Prozent der jungen Menschen zwischen 14 und 24 Jahren den Begriff Inflationsrate nicht erklären. 70 Prozent scheitern an „Rendite“. Grundprinzipien der Wirtschaftsordnung und die Grundlagen des Wohlstands in Deutschland sind zu wenig bekannt. Ökonomische Kenntnisse müssen im Unterricht noch stärker vermittelt werden, damit sich junge Menschen eine Meinung dazu bilden können.

Steuerliche Förderung einführen

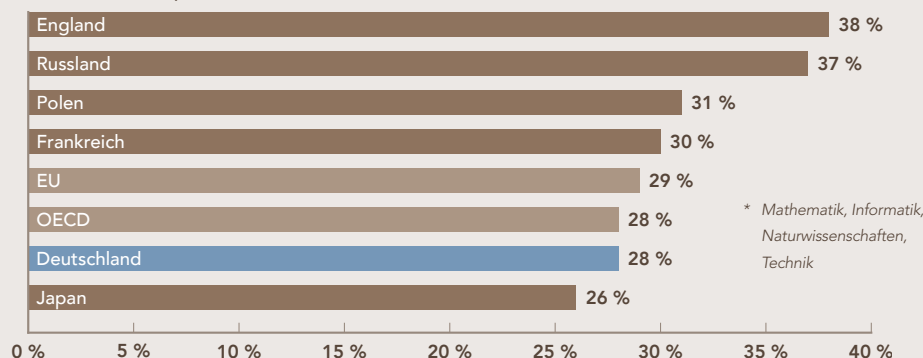
- Neben begabten Nachwuchskräften sind die Unternehmen insbesondere auf ein forschungsfreundliches Umfeld angewiesen. Die Bundesregierung sollte noch einmal die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung prüfen – mit der Zielvorgabe, einen BIP-Anteil von 3,5 Prozent zu erreichen. Zwei Drittel der OECD- und die Hälfte der EU-Länder machen von diesem Instrument bereits Gebrauch und stützen damit die Forschungsanstrengungen der dortigen Unternehmen.

Chemiebranche engagiert sich

Die Chemie engagiert sich mit ihrem „Fonds der Chemischen Industrie“ seit sechs Jahrzehnten für den Nachwuchs. So können Schulen zum Beispiel bis zu 5.000 Euro für Geräte und Chemikalien im Experimentalunterricht beantragen. Zudem wird der Nachwuchs über ein umfangreiches Stipendienprogramm gefördert. Der Etat liegt 2014 bei rund 13 Millionen Euro. Keine andere Branche bringt sich derart intensiv ein.

ZU WENIG MATHEMATIK UND NATURWISSENSCHAFTEN

Anteil der MINT-Fächer* in der Sekundarstufe 1
Unterrichtszeit bezüglich der gesamten Pflichtstunden in Prozent, 2011
Quellen: OECD, VCI



In Deutschland entfielen 2011 nur 28 Prozent der Pflichtstunden in der Sekundarstufe 1 auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer. Damit rangiert das Land im Mittelfeld – für eine Hightech-Nation ein untragbarer Zustand.

Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen

Energiekosten: Standort büßt Attraktivität ein

2012 stagnierten die Investitionen der Chemie in Sachanlagen in Deutschland bei 6,3 Milliarden Euro. Im Ausland stiegen sie hingegen um rund ein Viertel auf 7,7 Milliarden Euro. Offensichtlich schwinden Deutschlands Standortqualitäten. Aufschlussreich ist, dass nicht die dynamisch wachsenden Schwellen- und Entwicklungsländer zunehmend Investitionen anziehen, sondern die USA: Während 2005 nur knapp 28 Prozent der Auslandsinvestitionen deutscher Chemieunternehmen auf Nordamerika entfielen, sind es inzwischen mehr als 41 Prozent.

Auslöser dieses US-Revivals sind sinkende Energie- und Rohstoffkosten aufgrund des Schiefergasbooms in Nordamerika. Gleichzeitig steigen die Belastungen aus der Energiewende sowie die Unsicherheiten über die künftige Entwicklung in Deutschland.

Was ist zu tun, damit die deutschen Chemieunternehmen auch künftig maßgeblich in ihrer Heimat investieren? Aus Sicht des VCI sind neben einer größeren Planungssicherheit folgende Aspekte entscheidend:

Wettbewerbsfähige Stromkosten

■ Im internationalen Vergleich muss die hiesige Industrie für Strom Höchstpreise zahlen. So liegen die Kosten für Unternehmen mit einem Verbrauch von 70 bis 150 GWh bei 10,6 Cent pro Kilowattstunde und damit rund 30 Prozent höher als in Frankreich und sogar 120 Prozent höher als in den USA. Ein Grund sind die Zusatzbelastungen durch die Energiewende: So zahlen deutsche Chemieunternehmen im laufenden Jahr trotz Härtefallregelungen 1 Milliarde Euro EEG-Umlage. Die Kosten dürfen nicht weiter steigen.

Alternative Gasfördertechnologien

■ Auf die Chemieunternehmen entfallen mehr als 36 Prozent des Erdgasbedarfs im Verarbeitenden Gewerbe. Wettbewerbsfähige Gaspreise und eine sichere Versorgung sind damit für den Industriezweig von größter Bedeutung. Eine aktuelle Studie des US-Beratungsunternehmens IHS unterstreicht das Potenzial alternativer Gastechnologien für Deutschland: Demnach könnten mit der Förderung heimischen Schiefergases bis 2030 mehr als 35 Prozent des deutschen Gasbedarfs gedeckt werden – sinkende Kosten und mehr Versorgungssicherheit inklusive. Auch die EU-Kommission erkennt das Potenzial von Schiefergas an,

insbesondere für den Klimaschutz.

Bund, Länder und Kommunen sind aufgerufen, Forschung und Entwicklung vorurteilsfrei voranzutreiben und die Erkundung heimischer Ressourcen zu beschließen.

Ausbau erneuerbarer Energien mit Augenmaß

■ Gemessen an 1990 soll der Treibhausgasausstoß in der EU bis 2030 um 40 Prozent sinken und der Anteil der erneuerbaren Energien auf 27 Prozent steigen. Diese Ziele gilt es, so wirtschaftlich wie möglich zu erreichen. Mehr Energieeffizienz vor allem im nichtindustriellen Bereich kann hierzu einen großen Beitrag leisten. Eine reine Fokussierung auf den Ausbau der Erneuerbaren ist zu teuer.

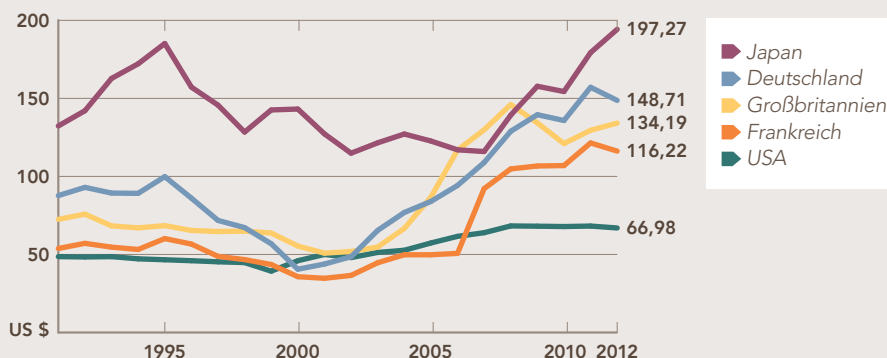
Deutschlands Industrieunternehmen sind weltweit erfolgreich. Ihr Anteil an den Warenexporten liegt bei 85 Prozent. Damit „Made in Germany“ auch in Zukunft ein Qualitätssiegel bleibt, müssen die Firmen weiterhin Milliardenbeträge investieren können – eine Wirtschafts- und Energiepolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen fördert, ist hierfür unerlässlich.

Die deutsche Industrie muss deutlich steigende und im Vergleich zu wichtigen Wettbewerbern in anderen Staaten mit die höchsten Strompreise verkraften.

Ursache für diesen Missstand: Eine Energiepolitik, die Steuern und Abgaben in die Höhe treibt.

INDUSTRIESTROM: HÖCHSTPREISE IN DEUTSCHLAND

Strompreise in US-Dollar pro MWh
Quelle: Internationale Energieagentur



Ökonomie und Ökologie gleichrangig beachten

Gebäudesanierung: In den Klimaschutz investieren

40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland entfallen auf den Gebäudesektor. Unbestritten liegen hier aufgrund der entsprechend hohen Treibhausgasemissionen große Potenziale für mehr Klimaschutz. 75 Prozent der Gebäude wurden vor der ersten Wärmeverordnung von 1978 errichtet. Neue Technologien wie energiesparende Dämmstoffe haben in diesen Gebäuden noch keinen Einzug gefunden. Zu Recht will die Bundesregierung den Energieverbrauch in diesem Sektor senken. Ihr Ziel: Ein annähernd klimaneutraler Gebäudebestand bis 2050.

Dieses Vorhaben kombiniert ökologische und ökonomische Ziele nahezu ideal: Weniger Energieverbrauch senkt den CO₂-Ausstoß, das Klima profitiert. Niedrigere Energiewerte machen sich positiv bei den Nebenkosten bemerkbar, Mieter sowie Haus- und Wohnungsbesitzer profitieren. Und: Mit mehr Tempo bei der Gebäudesanierung könnten nach aktuellen Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Handwerk und Baugewerbe mehrere zehntausend neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Was ist zu tun, damit noch mehr Investitionen in die Gebäudesanierung fließen? Der VCI schlägt vor:

Gebäudesanierung steuerlich fördern

- Seit Jahren verhandelt die Politik über Steuernachlässe auf Investitionen zur Gebäudesanierung. Die Bundesregierung sollte diesen zentralen Anreizmechanismus gemeinsam mit dem Bundesrat endlich in die Tat umsetzen.

Fonds auflegen

- Öffentliche Förderprogramme zur Gebäudesanierung müssen immer wieder neu aufgelegt werden und unterliegen politischer Willkür. Energetische Gebäudesanierung funktioniert jedoch nur mit Planungssicherheit. Die Bundesregierung sollte deshalb den Forderungen der EU nachkommen und einen langfristig ausgelegten nationalen Energieeffizienzfonds für alle sanierungswilligen Eigentümer auflegen, deren Gebäude vor 1979 errichtet wurden.

Energiesparcontracting fördern

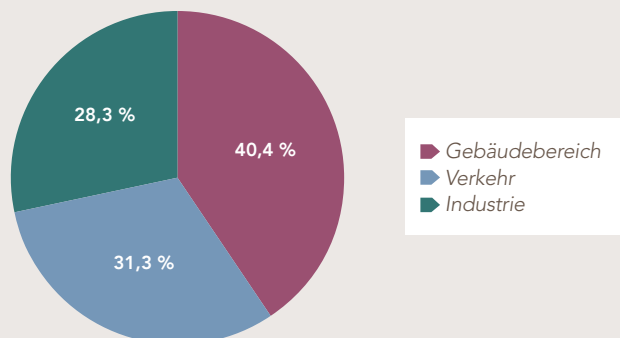
- Beim Energiesparcontracting übernimmt ein Unternehmer die Investitionskosten bei der Gebäudesanierung und refinanziert sich durch eine Beteiligung an den eingesparten Energiekosten. Es ist ein Ansatz für höchste Effizienzwerte, der allerdings aufgrund seiner Komplexität und der bestehenden Risiken für die Vertragspartner in der Wohnungswirtschaft derzeit noch zu selten genutzt wird. KfW-Bürgschaften und Neuregelungen im Mietrecht könnten erhebliche Potenziale freisetzen.

Der Gebäudesektor macht 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Deutschland aus. Investitionen in dessen energetische Sanierung leisten daher einen unmittelbaren und wesentlichen Beitrag zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes.

BAUEN, SANIEREN UND DÄMMEN FÜR MEHR KLIMASCHUTZ

Anteile des Endenergieverbrauchs nach Sektoren

Quelle: Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik



Förderung der Erneuerbaren erneut verhandeln

EEG-Reform: Selbstgesteckte Ziele in weiter Ferne

Die Bundesregierung hat die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu einer ihrer Hauptaufgaben erklärt. Die wesentlichen Ziele lauten: Mehr Kosteneffizienz bei der Förderung und eine bessere Marktintegration der erneuerbaren Energien. Zudem will die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie erhalten. Soweit, so gut. Allerdings werden die Stromkunden weiterhin deutlich belastet. Deshalb gilt: Nach der Reform ist vor der Reform.

Die EEG-Umlage ist in den vergangenen zehn Jahren von rund 5 auf 62 Euro pro Megawattstunde gestiegen. Ein Ende der Kostensteigerung ist auch mit der aktuellen EEG-Novelle nicht in Sicht: So wird an den hohen Ausbauzielen für Offshore-Anlagen festgehalten, deren Betreiber eine garantierte Vergütung von bis zu 19,4 Cent pro Kilowattstunde erhalten. Auch die geplanten Ausbaukorridore für die anderen Technologien sind weiterhin zu hoch. Das zweite wichtige Ziel der Bundesregierung – die Marktintegration der Erneuerbaren – muss als verfehlt bezeichnet werden. Die Anlagenbetreiber erhalten weiterhin völlig risikofrei die Vergütung für ihren Strom – unabhängig von Angebot und

Nachfrage. Diese „produce-and-forget-Logik“ spottet marktwirtschaftlichen Grundsätzen Hohn.

Wie können Anreize für Investitionen in energieeffiziente Technologien geschaffen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie in Deutschland gesichert werden? Der VCI schlägt vor:

Echte Marktintegration erneuerbarer Energien

■ Anlagenbetreiber erneuerbarer Energien müssen sich endlich an Angebot und Nachfrage orientieren. Die vorgesehene „gleitende Marktpremie“ zielt in die falsche Richtung: Erzielen die Stromproduzenten bei der neuerdings verpflichtenden Direktvermarktung nicht den gewohnten Betrag, erhalten sie die Differenz erstattet – eine Scheinreform. Um die überfällige Marktintegration der Erneuerbaren zu erreichen, sollte in allen Fällen ein fixer Bonus auf den Marktpreis gezahlt werden. Damit konzentriert sich das System auf die effizientesten Technologien.

Effiziente Eigenstromproduktion weiter ermöglichen

■ Deutsche Chemie-Unternehmen produzieren selbst erhebliche Strommengen

für ihren eigenen Bedarf. Dabei setzen sie auf ökologisch sinnvolle Technologien wie die Kraft-Wärme-Kopplung und tragen damit ihren Teil zur Energiewende bei. Anders als bisher soll dieser „Eigenstrom“ aus neuen Anlagen künftig mit der EEG-Umlage belastet werden. Dies ist eine im Sinne des Klimaschutzes zweifelhafte Entscheidung, da sie die Wirtschaftlichkeit der Anlagen infrage stellt und damit die Investitionsbereitschaft der Unternehmen in eine möglichst effiziente Stromerzeugung torpediert.

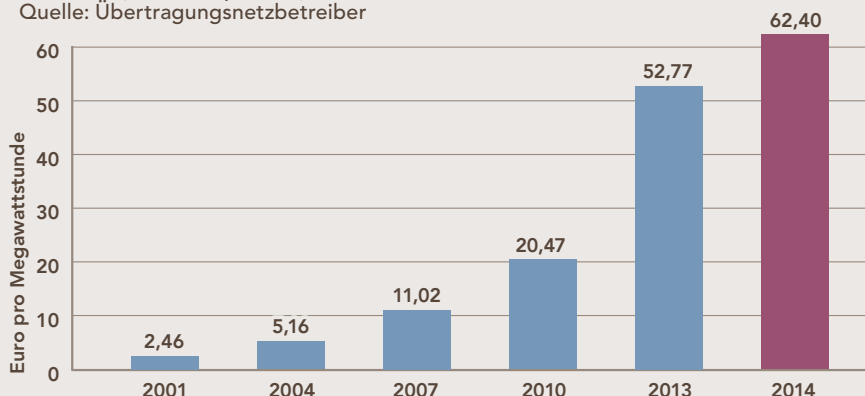
Entlastungsregeln nicht verwässern

■ Die energieintensive Industrie soll auch weiterhin von der EEG-Umlage entlastet werden. Allerdings will die Bundesregierung den Kreis der Begünstigten verkleinern oder zumindest nicht vergrößern. Ab 2015 sollen nur noch Unternehmen entlastet werden, deren Verhältnis von Stromkosten zur Bruttowertschöpfung 16 Prozent überschreitet. Bislang galt ein Schwellenwert von 14 Prozent. Für 2016 wird dieser Wert sogar noch einmal, und zwar auf 17 Prozent, angehoben. Diese Eingangsschwelle sollte lediglich auf 15 beziehungsweise 16 Prozent moderat angehoben werden.

Allein zwischen 2013 und 2014 ist die EEG-Umlage um fast ein Fünftel gestiegen. Dringend notwendig ist ein Kostenstopp für Industrie und Haushalte – die aktuelle EEG-Reform bietet dafür keine Ansätze.

EEG: GROSSE KOSTENSPRÜNGE STATT KOSTENBREMSE

EEG-Umlage in Euro pro Megawattstunde
Quelle: Übertragungsnetzbetreiber



Schlaglichter für den Investitionsstandort

Starke Stellung nicht aufs Spiel setzen

INVESTITIONEN IN DEUTSCHLAND*

► Gesamtinvestitionen (staatlich und privat)	472,2 Milliarden €
► Investitionsquote (Anteil Investitionen am BIP)	17,2 %
davon: staatliche Investitionsquote	(1,6 %)
► Investitionsquote (staatlich und privat) 2013 gegenüber 2000	– 4,2 Prozentpunkte
► Nettoinvestitionsquote (Anteil Investitionen minus Abschreibungen am BIP)	3,3 %
► Investitionsquote (staatlich und privat) in Deutschland im Vergleich zum Euroraum	– 0,5 Prozentpunkte

INVESTITIONEN DER CHEMIEINDUSTRIE (INKLUSIVE PHARMA)*

► Investitionen der Chemieindustrie in Deutschland	6,4 Milliarden €
davon: Kapazitätserweiterungen	(42 %)
► Anteil der Investitionen der Chemieindustrie am Verarbeitenden Gewerbe (2012)	11,3 %
► Investitionsquote der Chemieindustrie (2011, Anteil Investitionen an Bruttowertschöpfung)	11,6 %
Vergleich: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	(10,7 %)
► Investitionen deutscher Chemieunternehmen im Ausland (2012)	7,7 Milliarden €
► Bestand ausländischer Direktinvestitionen der Chemieindustrie (2012)	57,2 Milliarden €
► Bestand der Direktinvestitionen von ausländischen Unternehmen in der deutschen Chemieindustrie (2012)	42,0 Milliarden €

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND*

► Anteil von Forschung und Entwicklung am deutschen BIP (2012)	2,98 %
► Aufwendungen der deutschen Chemieindustrie für Forschung und Entwicklung	10,5 Milliarden €
► Bildungsausgaben in Deutschland (2009, Anteil am BIP)	5,3 %
► Bildungsausgaben Deutschlands gemessen am OECD-Durchschnitt	– 1 Prozentpunkt

*Daten (soweit nicht anders angegeben): 2013

Quellen: Destatis, Stifterverband, DIW, Deutsche Bundesbank, Ifo, OECD, VCI

Die chemische Industrie in Zahlen

Milliardeninvestor und Jobmotor

Deutschlands Chemieunternehmen investierten 2012 an ihrem Heimatstandort mehr als 6 Milliarden Euro in Sachanlagen, hauptsächlich um ihre Kapazitäten zu erweitern und Ersatz zu beschaffen. Das Volumen übertraf zum wiederholten Mal die Höhe der

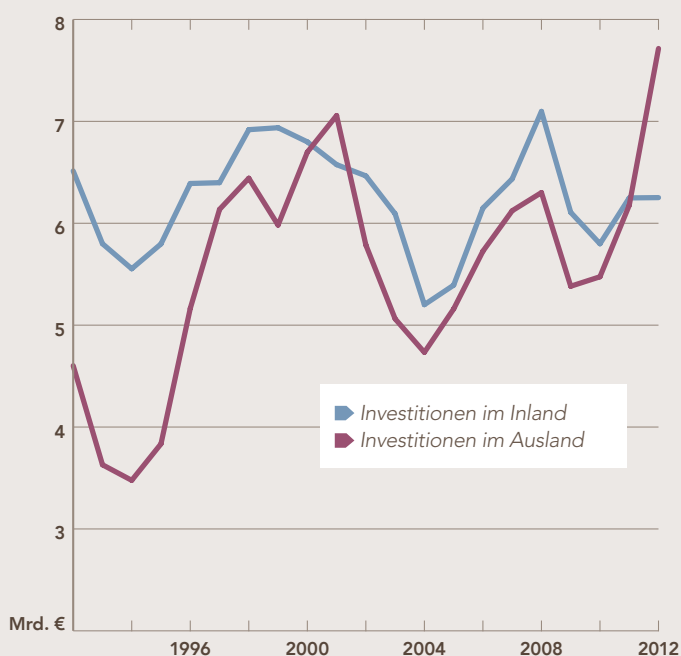
Abschreibungen. Damit sichern die Unternehmen ihre Wettbewerbsposition: Innerhalb Europas ist die deutsche Chemieindustrie führend.

Der weltweite Erfolg schlägt sich auch positiv auf den heimischen Arbeits-

markt und die Gesamtwirtschaft nieder. Die Unternehmen beschäftigen hierzulande rund 438.000 Mitarbeiter und erwirtschaften einen Umsatz von über 190 Milliarden Euro. Hinzu kommen rund 500.000 Mitarbeiter in zahlreichen Zulieferbetrieben und bei Dienstleistern.

AUSLANDSANTEIL STEIGT

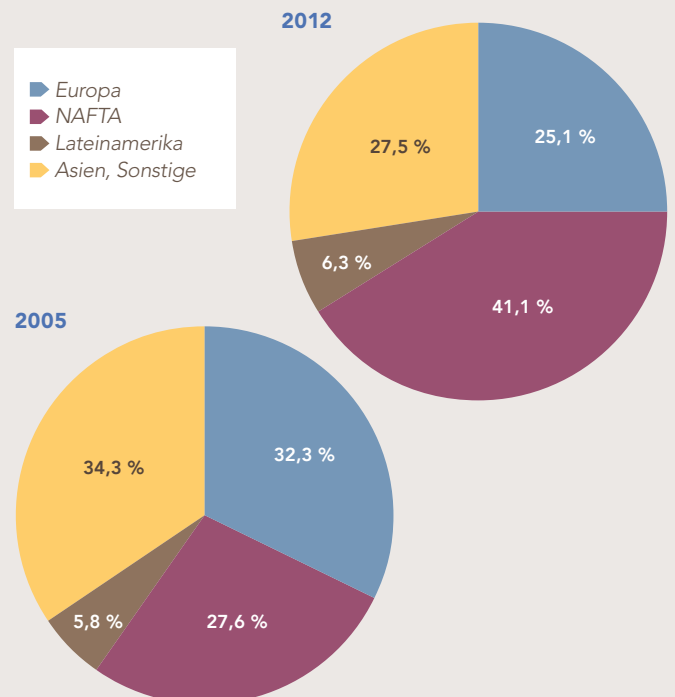
Sachanlageinvestitionen der deutschen Chemie in Milliarden Euro
Quellen: Statistisches Bundesamt, VCI



Die deutsche Chemie investiert jährlich zweistellige Milliardenbeträge in Sachanlagen. 2012 dominierten mit 7,7 Milliarden Euro erstmals seit über zehn Jahren die Investitionen im Ausland.

INVESTITIONSZIEL VERLAGERT SICH

Auslandsinvestitionen der deutschen Chemieindustrie nach Regionen
Quelle: VCI



Zwischen 2005 und 2012 hat das europäische Ausland als Investitionsstandort an Bedeutung eingebüßt. An Bedeutung gewonnen hat dagegen Nordamerika.

Ihre Ansprechpartner

Geschäftsführer VCI-Hauptstadtbüro Norbert Theihs
E-Mail theihs@berlin.vci.de Telefon +49 (0)30 200599-12
Geschäftsführer VCI-Europabüro Prof. Dr. Reinhard Quick
E-Mail quick@bruessel.vci.de Telefon +32 (0)2 54806-90

Impressum Politikbrief

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI),
Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt Telefon +49 (0)69 2556-0
Verantwortlich Manfred Ritz **Chefredaktion** Jenni Glaser
Redaktionsschluss 5. Juni 2014 **Agenturpartner** www.GDE.de; Jens Köster
Weitere Informationen www.vci.de/politikbrief und
[www.twitter.com/chemieverband](https://twitter.com/chemieverband)